

Prävention vor (sexualisierter) Gewalt



Die Grünen setzen auf ein umfassendes Konzept zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Sie fordern einheitliche Kinderschutzstandards und eine bessere Finanzierung von Beratungsstellen.

Zusätzlich fordern die Grünen eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des "sexuellen Kindesmissbrauchs", Strafverfolgung durch die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen von sexualisierter Gewalt Darstellungen sowie Präventionsangeboten in Schulen, Jugendhilfe und Familie.



Der Fokus der Grünen liegt auf Gewaltprävention und Schutz bei Kindern und Jugendlichen, die geforderten Maßnahmen sind aus unserer Perspektive unterstützenswert, jedoch werden andere Aspekte der Gewaltprävention wie z.B. sexualisierte Gewalt und Frauenhäuser vernachlässigt.



Das BSW fordert den Ausbau des Gewaltschutzes und entsprechender Hilfesysteme. Der Bund soll eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern gewährleisten.

In diesem Kontext erwähnt das BSW jedoch ebenfalls "Frauenrechte statt Genderideologie". Das Selbstbestimmungsgesetz wird grundsätzlich abgelehnt, da es "Schutzrechte für Frauen aushöhlt". (S.26)



Der DBSH verurteilt die Haltung des BSW zu Geschlechtsidentitäten entschieden. Die Ablehnung des Selbstbestimmungsgesetzes (bei aller berechtigten Kritik des Gesetzes) und die Rhetorik von „Frauenrechte statt Genderideologie“ machen deutlich, dass die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen in der Gewaltprävention nicht für alle Betroffenen gleichermaßen gelten. Damit schließt das BSW bestimmte Gruppen, insbesondere trans*, nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen, gezielt von dringend benötigtem Schutz und Unterstützung aus.



Die CDU setzt auf eine Verschärfung des Strafrechts, um Betroffene besser zu schützen. Gerichtsverfahren sollen beschleunigt werden, damit Strafen schneller erfolgen. Zudem plant die CDU den verstärkten Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsschwerpunkten, härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte und eine bessere Ausstattung der Polizei. Zur Bekämpfung von Straftaten im Internet sollen Anbieter verpflichtet werden, IP-Adressen temporär zu speichern. Außerdem will die CDU das Cannabis-Gesetz abschaffen, da sie darin eine Gefahr für Kinder und Jugendliche sowie einen Zusammenhang mit Kriminalität sieht. Extremismus jeglicher Art soll konsequent bekämpft und der Zivil- und Katastrophenschutz durch einen Pakt für den Bevölkerungsschutz gestärkt werden.



Der starke Fokus der CDU auf repressive Maßnahmen ist scharf zu kritisieren. Prävention erfordert nicht nur härtere Strafen und Überwachung, sondern vor allem den Ausbau sozialer und pädagogischer Unterstützungsangebote, was hier keine Benennung findet. Der DBSH sieht einen Mangel an strukturellen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbesondere durch Bildung, Soziale Arbeit und niedrigschwellige Hilfsangebote. Ein umfassender Ansatz sollte soziale Ursachen von Gewalt stärker adressieren, anstatt vorwiegend auf Strafverschärfungen und Polizeipräsenz zu setzen.



Die Linke strebt die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz an, einschließlich des expliziten Rechts auf Schutz vor Gewalt. Zudem plant sie, frühzeitige Bildungsangebote in Kitas und Schulen zu fördern, um Gewaltprävention zu stärken und Kinder bereits in jungen Jahren für dieses Thema zu sensibilisieren.



Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und die Betonung des Schutzes vor Gewalt entsprechen langjährigen Forderungen des Verbandes. Die Förderung frühzeitiger Bildungsangebote zur Gewaltprävention in Kitas und Schulen ist ein präventiver Ansatz, der die Sensibilisierung und Aufklärung von Kindern unterstützt. Ergänzend dazu sollte auch die Unterstützung von Fachkräften in der Praxis berücksichtigt werden, um eine umfassende Präventionsarbeit sicherzustellen.



Die FDP fordert, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht finanzieren und eine bundesweite Online-Plattform einrichten, die verfügbare Plätze in Echtzeit anzeigt.



Die grundsätzliche Initiative zur besseren Finanzierung und Transparenz von Frauenhausplätzen ist positiv zu bewerten. Zu kritisieren ist jedoch, dass die FDP den Bund hier aus der Verantwortung nimmt. Falls der Bund dies nicht tut, stellt sich die Frage, wie Länder und Kommunen angesichts angespannter Haushaltslagen die erforderlichen Mittel aufbringen sollen.



Die SPD plant eine stärkere Orientierung des Familienrechts an den Kinderrechten, bessere Schutzkonzepte für Einrichtungen sowie einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutzunterkünfte für Betroffene häuslicher Gewalt. Auch digitale Gewalt soll stärker bekämpft werden.



Die Ansätze sind sinnvoll, um Kinderrechte zu stärken und Schutzstrukturen auszubauen, fraglich ist wieso die SPD an dieser Stelle nicht Kinderrechte in das Grundgesetz fordert. Es bleibt unklar, wie der Bedarf an Fachkräften für die Umsetzung der genannten Vorhaben gedeckt werden soll ebenso wie die Finanzierung.